

Christina Emmrich

Bezirksbürgermeisterin Lichtenberg von Berlin

Betreff: Wahlprüfsteine für die Berliner Abgeordnetenwahl 2011 – Kiez Rummelsburg

1. Kiez Rummelsburg – Visionen für einen Kiez

Was werden Sie tun um

- die Lebensqualität im Bezirk zu sichern und zu verbessern sowie den Wohnstandort nachhaltig attraktiv für alle Generationen zu gestalten,
- die Wohngebiete des Bezirks vor den zunehmenden Immissionen der bestehenden, genehmigten und geplanten Ansiedlung weiterer emissionsintensiver Industriebetriebe zu schützen und den Anwohnern ein gesundheitlich-unschädliches Wohnen zu garantieren,
- die zivilgesellschaftlichen Beteiligung zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger in Abstimmungsverfahren aktiv mit einzubeziehen,
- sowie die Zusammenarbeit mit dem Kiezbeirat Rummelsburg zu etablieren,

und somit uns als Anwohner die Möglichkeit der aktiven Gestaltung unseres Kiezes gemeinsam mit allen Interessengemeinschaften sowie Politik und Verwaltung zu ermöglichen?

Vor ab möchte ich um Verständnis bitten: Ihre außerordentlich umfassenden und komplexen Fragestellungen mit überschaubaren Texten zu beantworten und dabei alle denkbaren Aspekte zu berücksichtigen, wird mir nicht vollkommen gelingen.

- Die „**Lebensqualität im Bezirk** zu sichern und zu verbessern sowie den Wohnstandort nachhaltig attraktiv für alle Generationen zu gestalten“, ist Grundanliegen aller Politikfelder im Bezirk Lichtenberg: Von einer Haushaltspolitik der ausgeglichenen Kassen, wie unter meiner Federführung seit Jahren eingeübt, bis hin zu unserer KiTa-Offensive, über Generationenspielplätze, Kultur und Kunst, Sport und attraktive Schulen in allen Stadtteilen und zukunftsfähige Unternehmen reicht das Spektrum. Dass für mich aktive Bürgerbeteiligung ganz vorn steht, ist bekannt und dass auch dafür Ressourcen und Strukturen bereitgehalten werden müssen, ist Programm.
- Wohngebiete vor Immissionen der bestehenden und geplanten Ansiedlung weiterer emissionsintensiver Industriebetriebe zu schützen ist eine selbstverständliche Aufgabe städtebaulicher Planung und vollzieht sich auf

gesetzlicher Grundlage. Der Bezirk hat hier bisher seine Aufgaben erfüllt und wird es auch künftig tun. Dazu gehört, die planungsrechtlich gesicherten Gewerbegebiete zu erhalten und zu nutzen. Ohne produzierende Gewerbe ist Punkt 1 Ihrer Fragen nicht nachhaltig zu beantworten.

- Wie oben gesagt, ist Bürgerbeteiligung für mich ein wesentlicher Ausdruck der Zukunftsfähigkeit unseres Bezirkes. Meine Partei hat in den Jahren der rot-roten Regierung die gesetzlichen Regeln für direkte Demokratie wesentlich vorangebracht, im Bezirk haben wir mit dem Flaggschiff Bürgerhaushalt Bürgerbeteiligung in nahezu allen Fragen bezirklicher Verwaltung zum Standard gemacht,
- Die Zusammenarbeit mit Kiezbeiräten *ist* etabliert, und gleichzeitig gilt: alles kann besser gemacht werden. Das im Fall Rummelsburger Bucht der Wirtschaftssenator Harald Wolf sich regelmäßig mit Interessenvertretern – von Kiezbeirat bis Eigentümer-IG - getroffen hat, ist genauso Ausdruck unserer Überzeugung vom Gewicht bürgerschaftlichen Engagements.

Sie sollen aktiv mit gestalten!

2. Mobilität und Verkehr

Welche konkreten Visionen für ein Verkehrskonzept haben Sie für unseren Bezirk und wie garantieren Sie die Stärkung der bürgerschaftlichen Partizipation der Anwohner?

Zu meiner Vision für ein Verkehrskonzept gehört, dass in Lichtenberg, wie in Berlin überhaupt, der ÖPNV so leistungsfähig und zuverlässig ist, dass auf das private Auto weitgehend verzichtet werden kann. Da ich aber auch keine Illusionen habe, möchte ich zunächst, dass die vorhandenen ÖPNV – Systeme nicht kaputt gespart oder privatisiert werden, sondern ihren Versorgungsauftrag erfüllen. Natürlich gilt es, das vorhandene Straßennetz für den Individualverkehr zu erhalten, eine Ergänzung durch die TVO sollte die Anbindung der östlichen Wohnbezirke und Gewerbegebiete Berlins an den Flughafen verbessern (wiewohl auch hier eine schnelle Bahnverbindung Vorrang haben sollte). Der Ausbau der Radwege muss weitergehen.

Der Mobilitätsbeirat ist eine vom Bezirk eingerichtete Möglichkeit der Partizipation, die aber auch in jeder anderen Struktur bürgerschaftlichen Engagements möglich ist.

Welchen Standpunkt vertreten Sie bei der Erweiterung der A100 und mit welchen Auswirkungen auf unseren Kiez rechnen Sie?

Ich halte die A 100 – Verlängerung für nicht zeitgemäß und somit verzichtbar. Die Stärkung des ÖPNV, verkehrsorganisatorische Maßnahmen und punktuelle Straßenbauten müssen die hausgemachten Probleme am jetzigen Endpunkt der A 100 lösen. Hauptstraße, Köpenicker Chaussee und Rummelsburger (Land-)Straße werden eine Verbindungsfunktion von der Innenstadt nach außen behalten. Er wird wichtig sein die immer wieder in Frage gestellte Straßenbahn zu erhalten.

Eine 30-km/h-Strecke für Kfz entlang der Wohnquartiere unterstütze ich.

Wie werden Sie uns als Anwohner in Zukunft von dem zunehmenden Verkehr der Hauptstraße schützen?

Verkehr nimmt zu, wenn nicht prinzipiell umgesteuert wird - hierzu habe ich mich geäußert. Auch dazu, dass der Straßenzug eine überregionale Funktion hat, die ihm generell nicht zu nehmen sein wird. Man muss ihn sicher und lärmarm organisieren (Übergänge, 30 km/h)

Werden Sie sich für ein verbessertes Fahrradwegenetz einsetzen, an dem auch unser Kiez angeschlossen wird und somit die Sicherheit der Fahrradfahrer verbessert wird?

Ja.

Wie werden Sie sicherstellen, dass die Anwohner auch weiterhin im umfangreichen Maß an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen sind und sowohl Kinder als auch Jugendliche aber auch Behinderte und Eltern mit Kindern uneingeschränkt die Öffentlichen Verkehrsnetze nutzen können? Besonders die Unterbrechung der S3 am Bahnhof Ostkreuz stellt für uns Anwohner in den kommenden 3 Jahren erhebliche Schwierigkeit dar, und wie werden Sie sicherstellen, dass in diesem Zeitraum ein barrierefreies Umsteigen möglich gemacht wird? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die S21 durch den Umbau am Ostkreuz zukünftig ans Ostkreuz angeschlossen wird?

Es ist Programm der Partei Die Linke das zu gewährleisten – auch wenn der unverzichtbare Umbau des Ostkreuzes konkret zu Schwierigkeiten führt. Als Bürgermeisterin kann ich Ihre berechtigten Ansprüche nicht „sicherstellen“, sondern sie nur, das allerdings mit Nachdruck und mit Ihrer bürgerschaftlichen Unterstützung, genauso einfordern.

Sie meinen sicher die Tram 21? Am Runden Tisch Ostkreuz (an dem ich ab und zu teilnehme und von dem ich alle relevanten Materialien erhalte) wurde sich im Mai 2011 mit dem Planungsstand der ÖPNV-Anbindung zum Bahnhof Ostkreuz befasst. Varianten der Linienführung wurden abgewogen. Dabei ist die Tram 21 nicht infrage gestellt worden, im Gegenteil.

3. Lärmbelästigung

Wie wollen Sie sicherstellen, dass unser Wohngebiet - in der Nähe von Industriestandorten und der Ein- und Ausfallstrasse Hauptstraße- vor Lärm und anderen Immissionen geschützt wird, bzw. nicht durch geplante Vorhaben, wie die Erweiterung des Kraftwerks Klingenberg und weiterer Industrieansiedlung (Beispiel Klassieranlage) zunehmend beeinträchtigt wird?

Wohngebiete vor Immissionen der bestehenden und geplanten Ansiedlung weiterer emissionsintensiver Industriebetriebe zu schützen ist – wie oben gesagt - eine selbstverständliche Aufgabe städtebaulicher Planung und vollzieht sich auf gesetzlicher Grundlage. Mit der Umsetzung der Kraftwerksplanung werden aktuell die Pufferzonen durch Grünzüge vergrößert. Insgesamt werden die Gewerbeflächen im Umfeld der Rummelsburger Bucht mit den Planungen des Bezirks gegenüber dem Flächennutzungsplan reduziert. Der Abriss des Braunkohlekraftwerks wird ein sichtbares Zeichen für Emissions-/Immissionsminderung sein. Attraktivere Ansiedlungen, wie insbesondere im Bereich der Hauptstraße/Holzmann-Str. schon erfolgt, sind unser Ziel, die Typisierung von Gewerbegebieten lässt im Rahmen des immissionsschutzrechtlich zulässigen auch anderes zu.

Ich werde in planungsrechtlich gesicherten Gewerbegebieten – wegen der Frage 1 – die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht behindern. Das Wohngebiet Rummelsburger Bucht hat sich unter den Bedingungen der unmittelbaren Nähe zu einem Braunkohlekraftwerk und einem Zementwerk sowie ruinöser Industriesubstanz prächtig entwickelt. Es spricht nichts dafür, dass das anders wird, wenn sich der Zustand der Gewerbeflächen verbessert.

Werden Sie sich bei ggf. Überarbeitung der Flugrouten der Berliner Flughäfen dafür einsetzen, dass unser Bezirk nicht betroffen ist?

Ja, wobei ich zurzeit keine Betroffenheit sehe. Es sei denn, Sie meinen den begrüßenswerten Wegfall der Flugroute über Hohenschönhausen nach Tegel.

Welche Nutzung sehen Sie für den Rummelsburger See und wie wollen Sie sicherstellen, dass eine zu erwartende Lärmbelästigung durch motorisierte Boote und Schiffe (Touristenverkehr) eingeschränkt wird?

Die Rummelsburger Bucht ist eine Bundeswasserstraße, ich stelle hier nichts sicher. Individueller Motorbootverkehr ist nicht vorgesehen, die Einrichtung von Anlegern für Ruder, Paddel oder Elektro-Boote unterstütze ich. Fahrgastschiffe halte ich ebenfalls nicht für Teufelswerk, sondern für geeignet, unser schönstes Ufer Berlinern und Gästen zu zeigen.

Werden Sie sich für die Umsetzung der bereits existierenden Lärminderungsplanung für Lichtenberg einsetzen und welche Schwerpunkte werden Sie in unserem Bezirk setzen?

Im Lärminderungsplan für Berlin (Aktionsplan) von Senatorin Katrin Lompscher sind zunächst für das am meisten betroffene Lichtenberger Gebiet Frankfurter Allee Nord und die Frankfurter Allee Maßnahmen vorgesehen, die ich unterstütze und die zum Teil auch umgesetzt worden.

Die bezirkliche Lärminderungsplanung für Lichtenberg muss natürlich aktualisiert werden. Dafür werde ich mich einsetzen.

4. Entwicklungsgebiet „An der Mole“

Werden Sie sich für eine deutlich reduzierte Baudichte als die mit geplanten rund 130.000 qm Bruttogeschossfläche bei diesem Bauvorhaben einsetzen? Die Rummelsburger Bucht dient als Frischluftschneise für die Berliner Stadtmitte, werden Sie sich aus diesem Grund für eine geringere Baugeschosshöhe an der geplanten Alten Mole einsetzen?

Die Entwicklung im letzten Abschnitt zu bebauenden der Rummelsburger Bucht soll – im Zusammenhang mit der Umgestaltung des Bahnhofs Ostkreuz – in den nächsten Jahren beginnen. Hierzu wird auf Lichtenberger Seite nach städtebaulichem Wettbewerb und vielfältigen Diskussionen mit potenziellen Investoren sowie Bürgerinnen und Bürgern der Bebauungsplan „XVII-4Ostkreuz“ erarbeitet. Bislang ist hierzu die Behördenbeteiligung abgeschlossen, nun folgt die Beteiligung der Öffentlichkeit.

Hier kann jedermann seine Forderungen anhand der konkreten Vorhaben einbringen. Zahlreiche Initiativen um das Ostkreuz tun das. Das Bezirksamt wird gut

beraten sein, beim Beschluss des Planes sowohl die Investoreninteressen zu hören, als auch eine Qualität der Bebauung zu sichern, die Natur und Umwelt schützt, die einzigartige Lage am Rummelsburger See erlebbar macht und entsprechende Freiräume lässt. Es gilt natürlich vor allem den Uferbereich zu schützen, aber auch in Richtung Ostkreuz eine städtisch dichte Bebauung möglich zu machen.

Das [Thesepapier](#) der „Initiativen rund ums Ostkreuz“ vom 30.05.2011 halte ich grundsätzlich für nachvollziehbar. Es sollte die Diskussion wesentlich bestimmen.

Wie werden Sie eine ausgewogene Entwicklung bei der Ansiedlung von Geschäften und Versorgungsmärkten in unserem Kiez sicherstellen? Werden bei den weiteren Planungen die Interessen der Anwohner mit einbezogen, um auch sicherzustellen, dass ein nachhaltiges Konzept entsteht mit Geschäften und Fachmarkt-Flächen (Vollsortimenter oder Bioladen), die die Anwohner auch nutzen?

Ich sehe meine Aufgabe – als Bürgermeisterin eines Bezirks - darin, dazu beizutragen, dass via Planungsrecht *Voraussetzungen* für die Ansiedlung attraktiven und bedarfsgerechten Einzelhandels geschaffen werden. Mit dem Zentren und – Einzelhandelskonzept hat der Bezirk Lichtenberg in den letzten Jahren Rahmenbedingungen geschaffen. Die Sicherung der Nahversorgung war dabei oberstes Gebot.

Auch in diesem Zusammenhang kann jedoch nicht davon die Rede sein, dass Politik und öffentliche Verwaltung konkrete Ansiedlungen „sicherstellen“ – die Entscheidungen treffen Einzelhändler und Handelsunternehmen. Und natürlich ist die Ansiedlung z.B. eines „Vollsortimenters oder Bioladens“ in der Rummelsburger Bucht schon jetzt – im Rahmen der genehmigungsfähigen Standorte und Größen - möglich. Im Gebiet Mole werden weitere Standorte für Einzelhandel möglich gemacht werden.

Das Ufer an der Alten Mole dient seit vielen Jahren als Naherholungsgebiet für Naherholungssuchende und Anwohner, werden sie sich in diesem Zusammenhang für eine Zurücksetzung der geplanten Gebäude vom Ufer einsetzen?

Das Ufer an der Mole soll nach den vorliegenden B-Plan-Entwürfen freigehalten werden. Das unterstütze ich.

Werden Sie sich für den Erhalt des Alten Pumpwerkes an der Mole einsetzen?

Ja.

Welches Potenzial für zukunftsfähiges Bauen sehen Sie bei diesem Projekt, z.B. im Bezug zu Natur- und Umwelt aber auch Klimaschutz?

Jede große Baumaßnahme bietet Potenziale für den Natur- und Umweltschutz, vor allem den Klimaschutz. Mit dem B-Plan werden für Natur- und Umweltbelange wichtige Weichen gestellt und Festlegungen getroffen. Viel hängt jedoch auch davon ab, private Investoren zu spezifischen Planungen (autofreies Wohngebiet, Niedrigenergiehäuser etc.) zu bewegen. Das Potential der vorzüglichen ÖPNV-Anbindung nach Fertigstellung des Ostkreuzes gebietet es im Übrigen auch aus

stadtökologischer Sicht (Vermeidung von Zersiedelung, Ausnutzung innerstädtischer Brachen) hier städtische Dichte zu schaffen, um vor allem motorisierten Individualverkehr als wesentliche Klimagefahr zu vermeiden.

5. Entwicklungsgebiet „Karlshorst West/Kraftwerk Klingenberg“

Wie werden Sie sicherstellen, dass die Interessen der Anwohner bei der kurz-, mittel- bis langfristigen Entwicklung des gesamten als "Karlshorst West" bezeichneten Planungsgebiets und im Besonderen um das Kraftwerk Klingenberg gewahrt werden?

Die Interessen der Anwohner werden vor allem durch die im Bezirk geführten Bebauungsplanverfahren gewahrt. Ich werde weiter dafür eintreten, dass hierbei höchste Transparenz herrscht und die Beteiligungsmöglichkeiten über das gesetzliche Muss hinausgehen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass eine belastbare Bedarfsanalyse für den perspektivisch benötigten Fernwärmebedarf Berlins vorgelegt wird sowie ein Berliner Energiekonzept angefertigt wird, an dem sich die Planung des Kraftwerks Klingenberg richten muss? Wie werden Sie sicherstellen, dass die Stromproduktion wie bislang als „Abfallprodukt“ und nicht als Hauptproduktion inmitten Berlins produziert wird?

Ich werde mich vor allem dafür einsetzen, dass der Fernwärmebedarf sicher und bezahlbar gedeckt wird und dass er unter Nutzung aller Möglichkeiten der energetischen Sanierung von Gebäuden sinkt.

Ein „Energiekonzept 2020 - Energie für Berlin - Effizient – Erneuerbar – Zukunftsfähig“ hat der Senator für Wirtschaft, Harald Wolf im April 2011 vorgelegt. Hier ist zu lesen (Zitat): „Das Energiekonzept 2020 entwickelt für das Land Berlin eine Zukunftsstrategie für die Energieversorgung, die sich an den Grundsätzen der Versorgungssicherheit, der Wirtschaftlichkeit sowie der Umwelt- und Sozialverträglichkeit orientiert. Dabei spielt der Klimaschutz eine zentrale Rolle. ...“ Es wird im Konzept veranschaulicht, „welche weiteren Anstrengungen bis zum Zieljahr 2020 zu unternehmen sind, um das klimapolitische Gesamtziel der 40 %-Minderung (CO₂-Ausstoß) bis 2020 gegenüber dem Ausgangsjahr 1990 zu realisieren.“

Dieses Konzept geht in seinen Berechnungen davon aus, dass das Energiekonzept von Vattenfall in der vorgelegten Form umgesetzt wird (inklusive der Kraftwerkplanungen zu Klingenberg).

Das geplante GuD-Kraftwerk orientiert sich in seiner Leistung am Wärmebedarf, dass das so eingehalten wird, muss durch die zuständigen Stellen unter Kontrolle gehalten werden bzw. sind entsprechende (rechtliche) Regeln auf Landes- und Bundesebene zu schaffen, die das ermöglichen.

Wie werden Sie sicherstellen, dass das geplante Biomassekraftwerk nicht zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Müllverbrennungsanlage umgewandelt wird?

Das muss durch Planungsrecht und Genehmigungsverfahren verhindert werden, was unstrittig möglich ist. Mit meiner Unterstützung solcher Pläne und Verfahren werde ich das „sicherstellen“.

Offen ist für mich jedoch, ob es Bedarf für eine solche Biomasse-Anlage gibt, den Sie offenbar voraussetzen. Ich erwarte hierzu noch belastbare Nachweise (weil ich eben nicht von stetig steigendem Energiebedarf ausgehe).

Wie werden Sie das Potenzial unseres Bezirkes nutzen, um das in Berlin einzigartige Aufeinandertreffen von historisch wertvoller Industriearchitektur (Funkhaus Nalepastraße, HKW Klingenberg) und Natur (Spree, Plänterwald) durch ein intelligentes Nutzungskonzept optimal und innovativ auszunutzen?

Intelligent scheint es mir Industriearchitektur „industriell“, besser vor allem gewerblich, durch produktive, Wert schaffende und Beschäftigung sichernde Arbeit zu nutzen – auch im Hinblick auf meinen zu Frage 1 formulierten Anspruch.

Mit den Leitlinien für die Entwicklung von Karlshorst-Ost hat das Bezirksamt bislang versucht solche intelligenten Nutzungen zu ermöglichen. Nun gilt es weiter Ansiedlungsinteresse von innovativen, modernen Unternehmen zu akquirieren.

Schon mit dem B-Plan 11-47a wird dazu den Belangen von Umwelt und Natur genüge getan und die Uferzone freigemacht. Der Anspruch, Nutzungsverträglichkeit zu erreichen muss auch die Folgepläne bestimmen.

6. Wohngebiet Campus

Wodurch wollen Sie sicher stellen, dass der Geschichte des Campus (ehemaliges Gefängnis) Rechnung getragen wird und werden Sie sich in Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Interessensgruppen für eine Gedenkstätte einsetzen?

Mit ihrem Beschluss aus dem Jahr 2006 beauftragte die BVV das Bezirksamt die Geschichte des Areals zu erforschen und öffentlich an die Geschichte der ehemaligen Arbeitshäuser bis heute zu erinnern. Hintergrund der Beschlussfassung war der Verkauf der Fläche an private Investoren durch den Liegenschaftsfonds des Landes Berlin, ohne seinerzeit ein solches öffentliches Erinnerungszeichen vorzusehen. Seit 2006 hat das Bezirksamt begonnen, den Beschluss - unterstützt von Partnern und Akteuren - umzusetzen. Beispielhaft seien hier genannt, die Erforschung der 110jährigen Geschichte des Areals, Ausstellungs- und Diskussionsprojekte, darunter die gegenwärtig im Stadthaus präsentierte Ausstellung "Eingeliefert in Rummelsburg" sowie zahlreiche Veranstaltungen. Zum Ende des Jahres 2011 wird ein Gremium, das aus Experten, Vertretern des Senats von Berlin, Bewohnerinnen und Bewohnern sowie verschiedener Interessengruppen besteht, einberufen. Das Gremium wird die Art und Weise des Gedenkens erörtern und vorschlagen, Finanzierungsfragen klären und einen künstlerischen Wettbewerb auf den Weg bringen. Die Bezirksstadträtin für Kultur und Bürgerdienste hat vor wenigen Tagen ein Mitglied des Kiezbeirates Rummelsburger Bucht umfangreich über den aktuellen Sachstand und die Perspektiven informiert.

7. Bildung

Wie wollen Sie kurzfristig den hohen Bedarf an Kita- und Schulplätzen in unserem Bezirk gerecht werden und wie werden Sie eine frühzeitige Beteiligung der Eltern sicherstellen? Wie

wollen Sie auch in Zukunft der erhöhten Nachfrage an Kita- und Schulplätze nachkommen, auch im Hinblick auf die homogene Altersstruktur der Kinder und Jugendlichen in unserem Kiez? Wie werden Sie Bedarfsschwankungen entgegen wirken, die bei unserem Kiez gegeben sein werden, und trotzdem den wechselnden Bedarf von Kita zu Schulkapazitäten gerecht werden?

Dass die Versorgung mit Kita-Plätzen in der Rummelsburger Bucht verbessert werden muss, ist klar. Zunächst stellt das Bezirksamt einen jährlichen Kita-Entwicklungsplan auf. Für die Rummelsburger Bucht ist das Defizit deutlich: hier leben rund 350 Kinder im Kita-Alter 0 - 6 Jahren, die Prognosen sagen, dass diese Zahl bis 2020 stabil bleiben wird. Wir haben rund 180 Kita-Plätze. Ziel ist eine 80%ige Versorgung (das wären ca. 270 Plätze).

Geplant ist eine neue Kita am Standort Hauptstraße 4. Ein Interessenbekundungsverfahren wird vorbereitet (das Markterkundungsverfahren läuft zur Zeit), so dass es 100 weitere Plätze spätestens bis 2013 gibt. Zusätzlich bemüht sich das Jugendamt, geeignete Tagespflegeeltern in der Rummelsburger Bucht zu gewinnen. Auch die Kita-Planungen freier Träger in Karlshorst für 2012 (Treskallee 150 Plätze, Carlsgarten 100 Plätze) werden für die Rummelsburger Bucht entlastend wirken.

Die Prognosen für mehr Kita-Kinder gelten natürlich dann zeitversetzt für einen höheren Bedarf an Grundschulplätzen. Hier müssen Bezirksamt und BVV der nächsten Legislaturperiode konkrete Schulentwicklungsplanungen beschließen. Mit der Sanierung und den Entscheidungen zum Fortbestand der Schule in der Viktoriastadt wurde ein deutliches Zeichen gesetzt.

Bedarfsschwankungen an Kita-, Schul- oder Jugendclubplätzen können durch vielfältige "multifunktionelle" Nutzungen abgefangen werden, das haben wir an anderen Stellen im Bezirk gezeigt: aus der Schule Sewanstraße wurde die "Kultschule" als Stadtteilzentrum - und nun zu einem Drittel Kita "Sonnenschaf"; die Nutzungen folgen also dem Bedarf.

In Sinne des generationsübergreifenden Wohnens des Expo 2000 Projektes, wie wollen Sie generationsübergreifendes Zusammenleben und Lernen in unserem Kiez stärken, um somit Menschen aller Alters- und Bevölkerungsgruppen zusammenzuführen?

„Wo Betonplatten den Boden versiegelten, entstehen Parkflächen. Wo Militär- und Industrieanlagen verrotteten, wachsen Wohnquartiere und Stadtvillen mit großzügigen Glasfassaden und ausgefallenen Formen. Der schonende Umgang mit Wasser, Luft und Boden wird groß geschrieben im 130 Hektar großen Berliner Entwicklungsgebiet Rummelsburger Bucht direkt an der Spree. Neu angepflanzte Schilf- und Röhrichtpflanzen schützen die Ufer vor Erosion, ein naturnahes Sickerwassersystem reinigt verschmutztes Regenwasser. Fußgänger und Radfahrer haben Vorrang; Autostellplätze gibt es vor allem unter der Erde.“ hieß es 1998 unter der Überschrift EXPO 2000 – Projekt Rummelsburger Bucht.

Ich denke, das ist gelungen.

Projekte generationsübergreifenden Zusammenlebens und Lernens gab es auch bei der EXPO, allein keine in der Rummelsburger Bucht.

Ich unterstütze an vielen Orten im Bezirk jedoch gern – im Rahmen des Möglichen und Nötigen (weil auch hier Selbstorganisation der Schlüssel zum Erfolg ist) solche Projekte. Oft braucht es hierfür Orte, da kann die öffentliche Hand am Besten helfen, in dem etwa KiTas als Familienzentren entwickelt werden, die Angebote von „0 – 100“ bieten.

Wie wollen Sie der Qualitätsentwicklung und –sicherung von Kitas und Schulen gerecht werden und welche Rolle können Eltern dabei einnehmen?

Die Beteiligung und Mitsprache der Eltern in den Kitas und Schulen wird vom Bezirksamt gefördert. Wir sind sehr froh über das Engagement der Eltern in Fördervereinen, im BEA-Kita und BEA Schule. Diese Gremien müssen auch in die künftige Schulentwicklungsplanung und Kitaentwicklungsplanung einbezogen werden.

Wie wollen Sie die Naturschutzgebiete, Park- und Brachflächen für Umweltbildung und nachhaltige Bildung verstärkt nutzen? Und werden Sie sich für Kita- und Schulgärten einsetzen? Wie werden Sie die Potenziale unsers Kiezes für Erlebnisspielplätze, Spielmöglichkeiten, oder anderen kreativen Angeboten nutzen und wie werden Sie bei der Neu- oder Umgestaltung und Neukonzeption von solchen Einrichtungen die künftigen Nutzerinnen und Nutzer frühzeitig mit einbeziehen?

Die Kinder in KiTas und Schulen sollen „ Naturschutzgebiete, Park- und Brachflächen für Umweltbildung und nachhaltige Bildung nutzen (ich sicher auch, weil Sie so fragen, aber die Kinder sind wichtiger) - hier sind die Träger (freie und öffentliche) gefragt. Ich kann als Bürgermeisterin nur fordern und vermitteln, dass solche Ansätze selbstverständlicher Bestandteil von Bildungspolitik werden.

Ich weiß aber auch, viele Lehrer/innen und Erzieher/innen brauchen diesen Anstoß nicht, sie wissen was zu tun ist.

Und zum zweiten: Es ist in Lichtenberg geübte Praxis Nutzerinnen und Nutzer frühzeitig in Planungen aller Art einzubeziehen.

Wodurch werden Sie die Ansiedlung von Trägern vieler öffentlicher Bildungs- und Jugendhilfeangebote in unserem Kiez fördern und ihre Angebote nachhaltig sicherstellen?

Der Bezirk Lichtenberg verfügt über ein dichtes und attraktives Netz öffentlicher Bildungs- und Jugendhilfeangebote. Sie allein auf Kieze zu orientieren bzw. in jedem Kiez das gleich dichte Angebot gewährleisten ist unrealistisch. Die Rummelsburger Bucht ist ein Lichtenberger Kiez mit hoher Selbstorganisation und ausgeprägtem nachbarschaftlichem Engagement. Das soll gestützt und gestärkt werden. Aber der Kiez ist auch einer der kleinsten, bevölkerungsärmsten Regionen des Bezirks mit den geringsten sozialen Problemen, was dazu führt, dass Schwerpunkte staatlicher Intervention nicht hier liegen können.

Das heißt auch, die vorhandenen Angebote halte ich für ausreichend, die nahräumliche KiTa-Versorgung muss jedoch kurzfristig verbessert, die Grundschulversorgung mittelfristig entwickelt werden.

8. Natur- und Umweltschutz/Erholung

Wodurch werden Sie die Naturschutz- und Grünflächen in der Rummelsburger Bucht und im Rummelsburger See nachhaltig sichern? Werden Sie sich für die Erweiterung der Naturschutz- und Grünflächen einsetzen? Welche Maßnahmen zur Renaturierung der Gewässerufer werden Sie entwickeln und durchführen?

Die Rummelsburger Bucht verfügt durch das Prozedere der Entstehung des Entwicklungsgebietes (Bauleitplanung etc.) über hinreichend gesicherte Naturschutz- und Grünflächen, deren Erhalt auch künftige Kommunalhaushalte vor Herausforderungen stellen wird.

Und natürlich werde ich mich dafür einsetzen – von wem erwarten Sie hier ein Nein? Maßnahmen zur Renaturierung der Gewässerufer werden fortgesetzt, wobei hier der Bezirk nicht die zuständige Behörde ist.

Wie werden die notwendigen Erhalt- und Instandsetzungsmaßnahmen gefördert? Wie wollen Sie unser bürgerschaftliche Engagement und das ehrenamtliche Mitwirken von Naturschutzverbänden für unsere Naturschutz- und Grünflächen fördern?

„Erhalt- und Instandsetzungsmaßnahmen“ werden aus dem Haushalt finanziert, ich kann nicht versprechen, dass das immer im notwendigen Maße geschieht. Ehrenamtliche Unterstützung von jedermann ist willkommen und wird logistisch und materiell unterstützt.

Welche Rolle soll unser Kiez als Naherholungsgebiet für Berliner in Zukunft spielen und wie wird/soll sich Ihrer Meinung nach somit die Nutzung und Gestaltung unseres Kiezes und vor allem des Ufers und des Wassers der Rummelsburger See verändern?

Der Kiez wird schon jetzt von Vielen zur Naherholung genutzt, weil dessen Uferbereiche attraktiven Aufenthalt für Besucher bieten. Diese Bereiche sollen auch erweitert werden, u.a. im Zusammenhang mit den B-Plänen zum Kraftwerk. Aber natürlich ist er vor allem Wohngebiet. Das allerdings am Wasser, dessen intensivere Erholungs-Nutzung ich mir vorstellen kann.

Wie werden Sie sicherstellen, dass die Rummelsburger Bucht und der Rummelsburger See natur- und stadtverträglich saniert werden? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass zukünftige Bauvorhaben z.B. das naturnahe Paul und Paula Ufer und andere naturnahe Gebiete in unserem Kiez nicht beeinträchtigen?

Als Bürgermeisterin werde ich auch das im Auge haben - „sicherstellen“ kann ich es nicht. Das zweite ist mit den anstehenden B-Plänen zu gewährleisten. Hier für steht Recht und Gesetz in der Bundesrepublik.

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, den geplanten Uferweg entlang der Spree Richtung Blockdammweg weiterzuführen?

Ja. Ich tue es schon.

Wodurch wollen Sie differenzierte Pflegekonzepte der Grün- und Verkehrsflächen unter Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes bei uns im Kiez stärken und dabei ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Ansprüchen der Nutzer und den Anforderungen, die

die Erhaltung von Lebensräumen und der Artenvielfalt in unserem Bezirk stellt, gerecht werden?

Ich verstehe die Frage leider nicht.

Ist es nicht so, das gerade durch „differenzierte Pflegekonzepte der Grün- und Verkehrsflächen unter Berücksichtigung des Natur- und Artenschutzes“ ein „ausgewogenes Verhältnis zwischen den Ansprüchen der Nutzer und den Anforderungen, die die Erhaltung von Lebensräumen und der Artenvielfalt in unserem Bezirk stellt“ erreicht werden muss? Man muss sie also machen.

Wie wollen Sie sicher stellen, dass unser Gebiet nicht durch Umweltbelastungen, vor allem durch Chemikalien, Schwermetalle und andere Umweltgifte durch die angrenzende und geplante Industrie belastet wird?

Die Grundlagen sind durch die umfassend Umweltgesetzgebung der Bundesrepublik nach meinem Ermessen gegeben. Die strikte Einhaltung zu gewährleisten ist Aufgabe der Verwaltung, der ich mich stelle.

Im Umfeld der Rummelsburger Bucht sind keine Industriegebiete ausgewiesen, die schwer umweltbelastende Ansiedlungen zulassen. Jede neue Ansiedlung muss sich den Kriterien der mittelbaren Wohnnähe unterwerfen, dass sichern die einschlägigen Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Mit dem Braunkohlekraftwerk „Georg Klingenberg“ wird ein Emittent geschlossen, der als Seveso II – Betrieb eingestuft war. Die neue Anlage ist das nicht mehr.

Und dennoch gehört zum meinem Credo auch, aufmerksam zu sein, auch Informationen und Sorgen von Bewohnerinnen ernst zu nehmen, Hinweisen nachzugehen und wenn nötig gegen Verstöße vorzugehen.